



Boxerdenkmal herrichten - Erinnerung wachhalten

► Dresden diskutiert und streitet leidenschaftlich über temporäre Kunstinstallationen, zum Beispiel auf dem Neumarkt. Oft mit öffentlicher Förderung werden Kunstwerke geschaffen und aufgebaut. Was aber passiert nach den zeitlich begrenzten Ausstellungen?

Seit 2012 besitzt Dresden ein kaum bekanntes Denkmal für den Boxer Johann Wilhelm „Rukeli“ Trollmann auf dem Gelände des Festspielhauses Hellerau. Es erinnert an das Schicksal des 1907 als Sohn einer sino-deutschen Familie geborenen Deutschen Meisters im Halbschwergewicht (1933). Trollmann kam 1944 in einem Nebenlager des KZ Neuengamme ums Leben. Als temporäres Denkmal gedacht ist nach Ausstellungen in Berlin, Hannover und Dresden aus dem Kunstwerk inzwischen ein vergessenes Denkmal geworden, das der Verwahrlosung preisgegeben ist. Lesen Sie mehr auf Seite 3.

Mehr Demokratie wagen?

Im Mai entscheidet der Stadtrat, ob die Ortsbeiräte ab der Kommunalwahl 2019 direkt vom Wähler bestimmt werden. Möglich macht dies eine Gesetzesänderung im Freistaat.

Bereits kurz nach der Kommunalwahl 2014 hat die neue rot-rot-grüne Ratsmehrheit die Einführung der Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet beschlossen. Damit sollten die bekannten Ungleichheiten bei Befugnissen und Entscheidungskompetenzen zwischen Ortschaftsräten und Ortsbeiräten beseitigt werden. Trotz deutlicher Warnungen vor der Komplexität des Themas und sehr schwierig abzugrenzenden Zuständigkeiten zwischen Stadt und Ortsämtern oder zwischen den Ortsämtern untereinander, haben Linke, SPD und Grüne dieses Projekt durchgedrückt.

In den folgenden Jahren wurde eine Lenkungsgruppe zwischen Verwaltung, Ortsbeiräten und Stadträten gegründet, die die notwendigen Entscheidungen und Abgrenzungen vornehmen sollte. Im Zuge dieser Debatte haben sich erneut

zahlreiche Probleme offenbart. Der ganzen Diskussion hat dann der Sächsische Landtag mit dem Beschluss zur Reform der Gemeindeordnung im Dezember 2017 einen Riegel vorgeschoben. Seitdem ist die Einführung der Ortschaftsverfassung in einer Großstadt nicht mehr möglich. Aus Sicht der FDP/Freie Bürger-Fraktion im Dresdner Stadtrat eine wichtige und richtige Entscheidung, die gerade noch rechtzeitig kam.

Der Landtag hat parallel die Möglichkeit eingeführt, die existierenden Ortsbeiräte sowohl inhaltlich als auch formal aufzuwerten. Zum einen gibt es jetzt die Möglichkeit, den Ortsbeiräten auch weitere Entscheidungskompetenzen für ihre Stadtteile zu übertragen wie bei der Prioritätensetzung bei der Sanierung von Gehwegen oder der Förderung von Vereinen in den Stadtteilen. Ortsbeiräte bekommen

dann auch erstmals ein sogenanntes Selbstbefassungsrecht; sie können also selbst entscheiden, über welche Sachverhalte sie diskutieren möchten. Bisher war das nicht möglich, die Ortsbeiräte wurden lediglich beratend für den Stadtrat und die Stadtverwaltung tätig und zwar erst, wenn ihnen ein Sachverhalt vorgelegt wurde. Die neue Kompetenzerweiterung begrüßen die Liberalen im Dresdner Stadtrat ausdrücklich. „Direkte Demokratie beginnt vor Ort. Es ist gut, wenn die Bürger selbst entscheiden, welcher Verein, welcher Weg oder welche Veranstaltungen ihnen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld wichtig sind. Das ist echte Mitbestimmung“, sagt der Fraktionsvorsitzende der FDP/Freie Bürger-Fraktion Holger Zastrow.

Während die Erweiterung der Kompetenzen der Ortsbeiräte im Stadtrat relativ unumstritten ist, ist es

eine andere Neuerung nicht. Der Freistaat hat mit der Gesetzesänderung 2017 ebenfalls die Möglichkeit der Direktwahl der Ortsbeiräte eingeführt. Der Stadtrat kann also nun entscheiden, ob zur Kommunalwahl 2019 die Ortsbeiräte in Dresden erstmals direkt vom Wähler bestimmt werden oder weiterhin durch den Stadtrat benannt werden. Die Abstimmung dazu im Stadtrat könnte knapp werden.

Die Direktwahl der Ortsbeiräte kann dem Engagement der Bürger einen entscheidenden Impuls geben, ist sich Holger Zastrow sicher und verweist auf die Ortschaftsräte der nach Dresden eingemeindeten Orte, wo es eine solche Wahl schon immer gibt. „Die Verbundenheit der Langebrücker, Weixdorfer, Cossebauder oder der Bewohner des Schönfelder Hochlandes mit ihrem Umfeld ist deutlich größer als die in den Dresdner Stadtteilen. Das kann

Vorbildcharakter für das gesamte Stadtgebiet haben und wir sollten darüber nachdenken, welche Strukturen es brauchen würde, um bürgernäher zu sein“, so der Fraktionschef. Und weiter: „Die Direktwahl würde die Ortsbeiräte nicht nur inhaltlich aufwerten, sondern diesen Gremien auch eine gesellschaftliche und demokratische Legitimation für ihre neuen Entscheidungskompetenzen geben. Es wäre zudem einfach das Demokratischste.“ Neben den vielen Vorteilen gibt es aber auch viele Probleme und Herausforderungen. Die Verwaltung beziffert die Zusatzkosten der Ortsbeiratswahl mit rund einer Million Euro. Zudem müssten alle Parteien noch mehr Kandidaten aufstellen und formale Veranstaltungen für die Wahl durchführen. Das wäre gerade für kleinere Parteien eine enorme Herausforderung. Die FDP diskutiert das Thema auf dem kommenden Kreisparteitag.

INHALT / SEITE 2

➔ Wie weiter am
Bhf. Niedersiedlitz

INHALT / SEITE 2

➔ Kulturhauptstadt-
bewerbung

INHALT / SEITE 4

➔ Fraktion
im Dialog

Vier Jahre nichts passiert in Niedersedlitz

Im Januar 2014 hat der Stadtrat auf Antrag der damaligen FDP-Fraktion eine umfassende Bürgerbeteiligung zur Neuplanung des Bahnhofsvorplatzes in Niedersedlitz beschlossen.



Bahnhof Niedersedlitz

Die Anwohner und Nutzer des Bahnhofsvorplatzes sollten damit frühzeitig in die Diskussionen zur Neugestaltung eingebunden

werden. „Wir wollten vollendete Tatsachen und Streit, wie wir ihn von der Königsbrücker oder der Oskarstraße kennen, von Anfang

an verhindern“, fasst FDP-Stadtrat und Niedersedlitzer Jens Genschmar kurz und knapp zusammen.

Bereits 2014 gab es erste Pläne, wie der wichtigste S-Bahnhaltepunkt im Dresdner Südosten neugestaltet werden sollte. Doch vorgestellt oder gar mit der Öffentlichkeit diskutiert wurde bis heute nichts. Jens Genschmar, der zu diesem Thema immer wieder im Stadtrat nachfragt, bekommt jedes Mal neue Zeitschienen angekündigt. Erst sollten die Pläne in der Sommerpause 2014 vorgestellt werden, dann hieß es im 1. Quartal 2015. Nachdem auch die Termine im Jahr 2016 gescheitert sind, wurde 2017 an dem Projekt gar nicht weiter geplant. Seit kurzem heißt es nun, im 2. Quartal 2018 sollen die Pläne endlich zur öffentlichen Diskussion vorgestellt werden.

FDP-Stadtrat Genschmar hat keinerlei Verständnis für dieses Hickhack: „Es geht um die frühzeitige Beteiligung der Bürger und nicht um den Baustart. Wir wollen eine Beteiligung bevor die Stadt sich

auf eine Vorzugsvariante festlegt und die Bürger keine Alternativen mehr haben. Wir wollen die Bürger mitdiskutieren lassen, was die beste Lösung ist.“ Sieben Varianten hat die Stadtverwaltung bisher angeblich geprüft. 7,7 Millionen Euro soll die Umgestaltung dieses wichtigen Verkehrsknotenpunktes voraussichtlich kosten. Davon entfallen 5,5 Millionen Euro auf die Anlagen der DVB. Es soll zudem eine neue P+R-Fläche entstehen.

Seit den ersten Planungen wurden zwischenzeitlich rund um den Platz neue Bauprojekte geplant und zum Teil sogar schon umgesetzt. Deshalb müssen die Pläne immer wieder neu geprüft und überarbeitet werden. „Wir werden an dem Thema dranbleiben. Wer es ernst meint damit, Verkehr aus der Innenstadt raus zu halten, muss genau an solchen Verkehrsknotenpunkten wie in Niedersedlitz anfangen“, stellt Genschmar klar.

Bäderkonzept muss endlich vorgelegt werden

Bereits im Mai 2011 hat der Dresdner Stadtrat einstimmig die Fortschreibung des Bäderkonzeptes beschlossen. Danach sollte die Verwaltung die Fortschreibung bis Ende Dezember 2017 vorlegen, passiert ist bis jetzt nichts.

Bis zum heutigen Tage liegen dem Stadtrat weder eine Fortschreibung des Bäderkonzeptes noch die Bedarfsermittlung zu den Hallen- und Freibädern vor. Aus diesem Grund waren die Stadträte der FDP/Freie Bürger-Fraktion sehr überrascht, als Pläne der Dresdner Bäder GmbH öffentlich wurden, wonach die Bäder in Schönfeld-Weißig und in Weixdorf in reine Badestellen umgewandelt werden sollen. Bereits im Januar waren Vertreter dazu im Ortschaftsrat in Weixdorf und haben das neue Konzept vorgestellt.

„Diese Diskussion und die Planungen liefen komplett am Stadtrat vorbei“, stellt der sportpolitische Sprecher der Liberalen im Stadtrat, Jens Genschmar, klar. So haben die Stadträte nur aus den Medien davon erfahren, dass im Rahmen der Umwandlung in eine Badestelle der traditionsreiche Name „Waldbad Weixdorf“ sowie die Rutsche verschwinden sollen. „Was für ein Unsinn läuft denn da?“, fragt sich in diesem Fall nicht nur der Fraktionschef der FDP, Holger Zastrow.

Die FDP/Freie Bürger-Fraktion hat

daraufhin einen Antrag in den Stadtrat eingebracht. Denn unabhängig davon, dass die Einrichtung kostenloser Badestellen durchaus eine positive Entwicklung wäre, ist der Rückbau und die Umbenennung der Freibäder eine weitreichende Entscheidung, die nur auf Grundlage fundierter Fakten und durch den Stadtrat beschlossen werden sollte. Die FDP/Freie Bürger-Fraktion wird in dieser Diskussion für den Erhalt des Namens und der Rutsche kämpfen, egal ob als Badestelle oder komplettes Freibad.



KURZNACHRICHTEN

Ablehnung: Neuer Landschaftsplan droht Bundesstraße B6 und Wohnungsbau zu gefährden

Parallel zum Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes behandelt der Stadtrat aktuell gerade ebenfalls einen neuen Landschaftsplan aus dem städtischen Umweltamt. Pikant dabei: der Landschaftsplan weicht an vielen Stellen vom neuen Flächennutzungsplan ab. So plant das Umweltamt für die neue Trassenführung der B6 in Cossebaude einen Grünzug anstatt einer Straße. „Die B6-Verlegung ist Bestandteil des städtischen Verkehrsentwicklungsplanes, des Landesverkehrsplanes und des Bundesverkehrswegeplanes

und muss selbstverständlich kommen“, stellt Holger Zastrow für die FDP/Freien Bürger klar. Die Liberalen zeigen sich irritiert, wie ein städtisches Amt das eine und ein anderes Amt etwas völlig Konträres vorschlagen kann und der Stadtrat auch noch beides beschließen soll. „Wir schaffen uns hier die bürokratischen Mammutverfahren von Morgen, denn das Umweltamt ist als Träger öffentlicher Belange in jedem Bauverfahren dabei. Hier läuft etwas falsch. Wir werden den Landschaftsplan so ablehnen“, sagt Zastrow.

Fraktion gegen kostenlosen ÖPNV

Ein kostenfreier Nahverkehr ist aus Sicht der Liberalen im Stadtrat eine wunderschöne, aber absolut unbezahlbare Illusion. Allein für Dresden würden jährlich über 125 Millionen Euro Kosten entstehen (zusätzlich zu den bereits heute knapp 40 Millionen Subventionen). Die DVB hat 2016 Erträge in Höhe von über 147 Millionen Euro erzielt. Davon entfallen 124,9 Millionen Euro auf den Verkauf von Fahrkarten. Dieses Geld wäre aus Sicht der FDP/FB-Fraktion besser in Schulen, Kitas oder Infrastruktur investiert.

FDP/Freie Bürger-Fraktion fordert endlich Taten beim Ausbau der Radwege

Mit mehreren Pressekonferenzen hat der Baubürgermeister im Februar das Investitionsprogramm für Radwege und Fußwege 2019 für Dresden vorgestellt. Die PR-Show stieß besonders bei den Liberalen im Dresdner Stadtrat auf Unverständnis: „Seit Jahren gibt es die immer gleichen Ankündigungen bspw. zum Körnerweg und nichts passiert. Der Baubürgermeister sollte lieber endlich einmal loslegen anstatt Pressekonferenzen zu geben“, fordert der Fraktionsvorsitzende der FDP/Freien Bürger-Fraktion Holger Zastrow.

Kritisiert haben die Liberalen auch die vermeintlichen Verbesserungen für die Radfahrer. So rechnet der Baubürgermeister die Sanierung der Brücke im Alberthafen zu den Verbesserungen und Investitionen für den Radverkehr. Zastrow stellt klar: „Die Brücke müsste sowieso saniert werden und aktuell ist sie für Radfahrer auch problemlos zu benutzen. Wo diese Sanierung also eine Verbesserung der Radverkehrssituation sein soll, erschließt sich mir nicht.“

Erinnern, Mahnen und in der Stadtmitte würdig darstellen

2010 von der Dresdner-Berliner Künstlergruppe BEWEGUNG NURR konzipiert und von Dresdner Handwerkern umgesetzt, steht ein stilisierter abgeschragter Boxring heute auf einer Fläche neben dem Festspielhaus Hellerau.



Falko Tischendorf, Jens Genschmar und Holger Zastrow am Denkmal in Hellerau

Nach Ausstellungen in Berlin und Hannover war Dresden als dritter Kurzzeit-Präsentationsort vom 19.10.2012 bis 16.12.2012 gedacht. Dieses temporäre Kunstwerk mit dem Namen „9841 – Temporäres Denkmal für Johann Rukeli Trollmann“ scheint man inzwischen aber vergessen zu haben.

9841 - das war die Häftlingsnummer von Johann Wilhelm „Rukeli“ Trollmann im Konzentrationslager Neuengamme. Trollmann gehörte zur Volksgruppe der Sinti und passte damit nicht ins Menschenbild, genauso wenig wie sein Meistertitel im Halbschwergewicht zum Weltbild der Nazis passte. Seine Meistertitel erkannten ihm die Nazis wieder ab. Erst 2003 wurde Trollmann der Titel durch den Bund Deutscher Berufsboxer

wieder zuerkannt und damit wurde er in die „Riege der Deutschen Meister“ aufgenommen. Die Kunstinstallation sollte von 2010 bis 2012 nicht nur an das Schicksal Trollmanns und seine Ermordung erinnern, sondern auch an die Verfolgung und Ermordung Hunderttausender Sinti und Roma im Nationalsozialismus.

Aus Sicht der FDP/Freie Bürger-Fraktion fehlen dem Denkmal am aktuellen Standort sowohl seine historische als auch eine sportpolitische Einordnung sowie die öffentliche Aufmerksamkeit. Im Gegenteil: es fristet ein trauriges und von der Öffentlichkeit unbeachtetes Dasein in direkter Nachbarschaft zum ruinösen Nebengebäude des Festspielhauses. Es ist dem schrittweisen Verfall preisgegeben. Ein

mehr als unwürdiger Zustand und sicher nicht im Sinn einerseits der Dresdner Erinnerungskultur als auch der Kunstförderung.

„Der aktuelle Standort und der Zustand des Denkmals sind dem Anliegen und der Person nicht

angemessen. Da das Kunstwerk seit 2012 am Standort in Hellerau steht, kann man auch davon ausgehen, dass aus dem als temporär gedachten Kunstwerk inzwischen ein dauerhaftes Denkmal geworden ist“, erklärt der FDP-Stadtrat und sportpolitische Sprecher der FDP/Freie Bürger-Fraktion Jens Genschmar. Die Biografie Trollmanns würde aus seiner Sicht eine dauerhafte Installation in Berlin, Hannover oder auch Wittenberge rechtfertigen. Da das Denkmal aber seit Jahren in Dresden steht, einige Initiatoren aus Dresden kamen und es von Dresdner Handwerksmeistern geschaffen wurde, sollte die Landeshauptstadt Dresden sich dieses Kunstwerkes bewusst werden, es als Teil ihrer Erinnerungskultur annehmen, sich um das Denkmal kümmern und somit auch in Dresden an das Schicksal der Sinti und Roma zu Zeiten des Nazi-Regimes erinnern, ist sich Genschmar sicher.

Aus diesem Grund hat die FDP/Freie Bürger-Fraktion auch einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, damit der Boxring inklusive Erläu-



terung und Erklärung des Denkmals an eine zentralere innerstädtische Lage gebracht wird. Das Kunstwerk soll dabei nicht nur in die Mitte der Stadt, sondern auch in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden. „Der Sportpark Ostera bietet sich nicht nur durch seine gegenwärtige intensive sportliche Nutzung, sondern auch aufgrund seiner geschichtlichen Bedeutung an. Er ist auch ein Ort Dresdner Erinnerungskultur, wie die Benennung eines Weges nach dem Läufer Rudolf Harbig und die Erinnerung an weitere von Leichtathleten im Heinz-Steyer-Stadion erzielten Rekorde beweisen“, zeigt der Sportpolitiker Genschmar auf.

Ein solcher, von der Öffentlichkeit stärker frequentierter Standort, wäre dem Denkmal angemessener. „Die Gestaltung des Werkes rechtfertigt eine Aufstellung im öffentlichen Raum ohne Weiteres. Der Boxring ist zudem begehbar und bietet damit gerade als Installation im öffentlichen Raum noch mehr Potenzial“, ist sich FDP-Stadtrat Genschmar sicher. Die Finanzierung einer Umsetzung kann aus Sicht der FDP/Freien Bürger-Fraktion problemlos auch aus dem Budget für Kunst im öffentlichen Raum erfolgen bzw. in die Beratung zur Aufstellung des neuen Haushaltes einfließen.

Fakten zur Person

Geburtsname:
Johann Wilhelm Trollmann
Gewichtsklasse:
Halbschwergewicht
Nationalität: Deutsch
Geburtstag: 27. Dezember 1907
Geburtsort:
Wilsche bei Gifhorn
Todesjahr: 1944
Todesort:
Wittenberge (Brandenburg)

Kampfstatistik
Kämpfe: 62
Siege: 30
K.-o.-Siege: 11
Niederlagen: 19
Unentschieden: 13

KURZNACHRICHTEN

Lenkungsgruppe zur Revitalisierung des Fernsehturmes hat Arbeit aufgenommen

Im November 2017 hat der Stadtrat auf Antrag der FDP/Freie Bürger-Fraktion weiterführende Untersuchungen zu einer möglichen Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms beschlossen. Geklärt werden sollen dabei neben den Eigentums- und Betreiberfragen auch die Ziele des aktuellen Eigentümers, der Funkturm GmbH. Dafür hat die Verwaltung im Januar eine Lenkungsgruppe, zu der auch Stadträte gehören, ins Leben gerufen. Die erste Sitzung der Lenkungsgruppe am 31. Januar stellt noch einmal die große

architektonische Bedeutung des Fernsehturms als Zeugnis der Ostmoderne heraus. Auch der Eigentümer des Turms hat grundsätzliche Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die Lenkungsgruppe hat aber auch gezeigt, dass die Diskussion zu einer möglichen Sanierung und Betreuung und deren Ausgestaltung noch ganz am Anfang stehen. Zu den nächsten Sitzungen will die Verwaltung auch Vertreter anderer Fernsehturmbetreiber zum Gespräch und Informationsaustausch einladen.

Liberaler lehnen Schulnetzplan ab

Die fünf Stadträte der FDP/Freie Bürger-Fraktion haben den durch Rot-Rot-Grün abgeänderten Schulnetzplan im Stadtrat abgelehnt. Für die Fraktion gingen die Änderungen von Linke, SPD und Grüne zu weit. „Rot-Rot-Grün ist bisher leider den Nachweis schuldig geblieben, dass ihr Verschiebebahnhof überhaupt genügend Schulplätze für alle beinhaltet, erste Berechnungen deuten auf mindestens fehlende Oberschulplätze hin“, erklärt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion Franz-Josef Fischer.

Fraktion gegen Dieselfahrverbote

Aktuell sind allein in Dresden 63.444 Dieselfahrzeuge zugelassen. Davon sind 19.155 mit EURO6 und 23.988 mit EURO5 registriert. Die restlichen 20.301 haben eine EURO4 oder niedriger. „Jeder, der von Verboten schwadroniert, sollte sich einmal bewusst machen, wie viele Menschen das betrifft. Der Schaden für Dresden, das Handwerk oder ganz normale Arbeitnehmer wäre enorm und unverantwortlich“, zeigt Thoralf Gebel in Richtung der Deutschen Umwelthilfe auf, die wiederholt Fahrverbote gefordert hat.

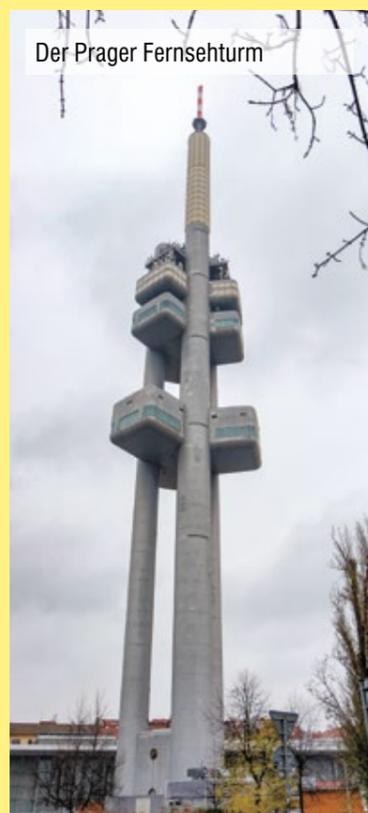
Sanierung der Königsbrücker erst 2022

Baubeginn nicht vor der Kommunalwahl 2019. Das ist das Ergebnis einer schriftlichen Anfrage der FDP zur Königsbrücker Straße Süd. Nach den Umplanungen von Rot-Rot-Grün im Nachgang der Kommunalwahl 2014 sind die Unterlagen erst jetzt zur Planfeststellung bei der Landesdirektion. Die dringend notwendige Stauffenbergallee West, welche erst nach Fertigstellung der Königsbrücker saniert werden kann, rutscht damit weiter nach hinten. Vermutlich frühestens 2022 wird die Holperpiste nun angefasst.

Fraktion im Dialog

Diskussion zum neuen Schulnetzplan

Auf Einladung der FDP/Freie Bürger-Fraktion hat der Bildungsbürgermeister Hartmut Vorjohann im vergangenen Oktober den Entwurf des Schulnetzplanes interessierten Liberalen vorgestellt. Intensiv hat die Fraktion gemeinsam mit Gästen und Bildungsbürgermeister über die geplanten Weichenstellungen, neue Schulen, aber auch über die Art und Weise der Prognosen-erstellung diskutiert.



Der Prager Fernsehturm

Zukunft der Ortsbeiräte

Im Februar diskutierten Ortsbeiräte und politisch Interessierte über die neue Vorlage der Stadtverwaltung zur Hauptsatzungsänderung und damit über die Zukunft der Ortsbeiräte und Ortschaftsräte in Dresden. Neben der Diskussion zur Übertragung neuer Aufgaben und Kompetenzen auf die Ortsbeiräte war es vor allem die Möglichkeit zur Direktwahl der Ortsbeiräte ab 2019, die zu einer konstruktiven Pro- und Contra-Diskussion führte. Die Diskussion hat auch der Fraktion noch einmal gezeigt, wie schwer die anstehenden Entscheidungen sind.

Fraktionsklausur in Prag

Im November zog sich die Stadtratsfraktion der Liberalen auf eine Arbeitsklausur nach Prag zurück. Thema waren vor allem die weitere Schwerpunktsetzung für die kommenden Monate sowie der Schulnetzplan und grenzüberschreitende Projekte. Neben interessanten Gesprächen mit dem Leiter des sächsischen Verbindungsbüros, Dr. David Michel, und dem Leiter des Prager Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung, Dr. Detlef Döring, besuchte die Fraktion auch den Prager Fernsehturm, um sich selbst ein Bild zu möglichen Optionen für Betreuung und Potenziale einer eventuellen Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms zu machen.

Marseille – Kulturhauptstadt

Bereits im vergangenen August begleitete FDP-Stadtrat Jens Genschmar die Kulturbürgermeisterin bei ihrem Besuch der ehemaligen Kulturhauptstadt Europas Marseille. Die Dresdner Delegation wollte sich vor Ort ein Bild machen und mit Verantwortlichen der Stadt über die Bewerbung als Kulturhauptstadt und deren Umsetzung sprechen. Schwerpunkt in Marseille war der Städtebau. FDP-Stadtrat Genschmar zeigte sich besonders beeindruckt von den Anstrengungen zur Umgestaltung des Hafenviertels. 2018 besuchen die Stadträte Leeuwarden, die aktuelle Kulturhauptstadt.

Neujahresempfang

Traditionell lud die FDP/Freie Bürger-Fraktion auch in diesem Jahr wieder zum Neujahresempfang ein. Rund 140 Gäste aus Politik und Gesellschaft folgten der Einladung der Liberalen und machten den Empfang auf der Galopprennbahn zu einem vollen Erfolg. Intensiv diskutierten die Stadträte mit Gästen nicht nur über lokale Probleme, sondern auch über die Koalitionsverhandlungen im Bund oder die neuesten Gesetzesänderungen im Freistaat.

Auch 2019 wird die Fraktion wieder zum Neujahresempfang einladen, wenn alles klappt dann sogar in den Ratskeller.



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Schulnetzplan oder Achterbahn

Für Prognosen und Planungen aller Art haben wir uns daran gewöhnt, dass der Graph „nach oben“ anwächst, also immer sind Steigerungen gewünscht. Dabei vergessen wir völlig, dass es im Leben auf und ab geht, kontinuierliche Steigerungen würden ja in die Unendlichkeit gehen! Nein, so wie im persönlichen Biorhythmus haben wir gute und schlechte Phasen zu durchstehen. Das Leben ist doch eine Achterbahnfahrt, oder?

Die Debatte um den neuen Schulnetzplan dagegen uferte aus. Seit Monaten wurde immer wieder diskutiert

und vertagt. Dabei bekamen die beratenden Stadtratsmitglieder ständig neue Prognosen vorgelegt, außer dem Schulverwaltungsleiter schien aber keiner mehr durchzusehen. Immer, wenn es mir zu viel an Prognosen wird, komme ich ins Grübeln. Ich denke an meine eigene Lehrerausbildung: einhundert Physiklehrer wurden gesucht, nur dreißig gefunden. Trotzdem hatte das Ministerium für Volksbildung die Sache irgendwie im Griff, die Schulen verfügten fast immer über genügend ausgebildete Lehrer. Dann kamen die neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts, es wurden immer weniger Schüler, Schulen wurden geschlossen und Lehrer vorzeitig in den Ruhestand geschickt. In dieser Phase verschleifen die Verantwortlichen im Kultusministerium die Anzeichen, dass es wieder mehr Schüler geben wird.

Nun rennen wir seitdem der Entwicklung hinterher. Gewaltige Schulsanierungen und Neubauten stehen an. Ist ja gut so! Aber muss man so vehement streiten, an welche Stelle nun ein Neubau kommt oder wie eine Verlagerung aussehen muss? Temporäre Auslagerungen kommen hinzu und stellen eine

große Herausforderung für die Betroffenen dar. Aber die Befindlichkeiten der Parteien führen immer wieder zu langen Debatten. Jeder möchte „seine“ Wähler zufriedenstellen, so wird an den unsicheren Standorten gezerrt und gezogen. Für die betroffenen Schüler und Lehrer ist dies kontraproduktiv, unnötige Sorgen werden heraufbeschworen. Plötzliche und unverschuldet auftretende Verzögerungen müssen abgefangen werden, zum Beispiel kommt die Sanierung der Schule „Am Jägerpark“ ein Jahr später. Leider, aber muss die Stimmung daraufhin angeheizt werden als würden die Kinder nun kalte- und hitzbedingt sterben?

Den Höhepunkt der Schuldiskussion stellt die Einrichtung einer Universitätschule dar. Ohne gründliche Kenntnis der Situation im Ortsamtsbereich, ohne Mitarbeit der betroffenen Schulen und völlig über die Köpfe der Eltern hinweg wird ein höchst fragwürdiges Konzept der „Forschung und Entwicklung von Schule“ eingefordert. Die Realität ist anders, die Anmeldezahlen sprechen ein deutliches Wort: Die Schule wird nicht angenommen! Sie mit Kindern einer nichtakzeptierten freien Schule zu



füllen widerspricht völlig der Konzeption. Ich habe deutlich vor dieser Eile gewarnt, aber die Bildungsexperten von RGR drängen weiter.

Nehmen wir doch unsere Verantwortung wahr und prüfen erneut die Standortwahl. Dass es die Stadt Dresden als gewissermaßen „Freier Träger“ sehr teuer kommen wird, das wird einfach verschwiegen. Man will das Lieblingskind Unischule, aber es scheint eine Frühgeburt zu werden und der Inkubator kostet weitere Geldsummen. Ich habe gewarnt!! Und ich erwarte mit Freude die nächsten Jahre, in denen die Schülerzahl zurückgeht. Ein neues Streitthema finden die Dresdner mit Sicherheit.

Franz-Josef Fischer

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Detlev Cornelius, Franz-Josef Fischer, Prof. Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.)

Gesamtherstellung:

Saxedo GmbH/SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv,
©Fotostudio Wachs (S. 4)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662